Anlage 2

Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herr Johannes Krause, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2010 der Stadt Halle

---

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsberatungen waren anstrengend wie wohl nie, aber es hat sich gelohnt. Der letzte Bauabschnitt der Delitzscher Straße ist mit immerhin 6,5 Mio. € untersetzt. Hinzu kommen im Osten 12 Mio. € für die straßenmäßige Neuerschließung der Gewerbeflächen. Wer die Fiete-Schulze-Straße oder die Otto-Stomps-Straße kennt, weiß, dass es im Grunde um eine Neuerschließung geht. Die Bewohner des halleschen Ostens müssen in Sachen Baustellen im Moment einiges aushalten, aber danach wird der Stadtteil ein anderes Gesicht haben.

Auch die Beesener Straße kann in diesem Jahr abgeschlossen werden. Wir schaffen es, uns mit dem Erbe der Ära auseinanderzusetzen, in dem der Glaube an die ewige Lebensdauer von Spannbetonkonstruktionen herrschte. Die Brücke über die Carl-Robert-Straße und die über den Riebeckplatz werden ertüchtigt. Alle diese Maßnahmen sind dringend notwendig.

Dass begonnene Maßnahmen bis zum Ende ausfinanziert sind, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit mehr und dass neue begonnen werden können, noch weniger. Auch die mehr als 7,5 Mio. €, die wir in den Schulbau stecken können, sehe ich nicht als selbstverständlich an. Nicht nur, weil die EFRE-Mittel für die Sekundarschule am Reileck, die Grundschule Am Heiderand und die IGS erst auf erneuten Druck der Oberbürgermeisterin wirklich fließen. Auch deshalb, weil nach 2011 zum zweiten Mal ein guter Teil der verfügbaren Eigenmittel der Stadt in Brandschutzmaßnahmen gehen kann. Es geht weiter voran mit der Schaffung von Kindergartenplätzen in der Innenstadt, wie in der Schimmelstraße, und bei der Sanierung der Kindertagesstätten „Traumland“ und „Sausewind“.

Es freut mich auch sehr, dass auch die Betonsanierung der Skulpturen von Gerhard Marcks an der Giebichensteinbrücke in den Haushaltsplan eingeordnet werden konnte. Noch mehr freut mich, dass die Planungsmittel für den Neubau der Feuerwache Trotha zur Verfügung stehen. Wir waren als SPD-Fraktion im alten Gerätehaus zu Gast und ich muss sagen, ich bewundere, wie die Ehrenamtlichen mit den Bedingungen dort umgehen und nicht alles hinschmeißen, sondern die Einsatzbereitschaft der Wehr aufrechterhalten. Hier sind wir um so mehr in der Pflicht als wir in Zukunft auch von der Freiwilligen Feuerwehr Trotha erwarten, wochentags am Tag in Bereitschaft zu stehen.

In diesem Zusammenhang wird die SPD-Fraktion darauf dringen, dass so, wie für die geplante neue Feuerwache Trotha vorbildhaft geplant, überall im Stadtgebiet die Synergien zwischen Brandschutz und Rettungsdienst gehoben werden und dies bei der Ausschreibung der Rettungsdienstlose berücksichtigt wird.

Voraussetzung für alle diese Investitionen ist ein genehmigungsfähiger Ergebnisplan. Wir werden heute einen Plan beschließen, bei dem wir die berechtigte Erwartung haben, dass die Kommunalaufsicht ihm die Genehmigung erteilen wird.

Es ist außerordentlich positiv, dass das Land beginnt, seine Haltung gegenüber Oberzentren zu verändern. Wir begrüßen es, dass die Altfehlbeträge vom Landesverwaltungsamt offenbar nicht mehr als alleiniges Kriterium für die Haushaltsgenehmigung angesehen werden. Der Zukunftsfond ist ein Zeichen dieses Umdenkens. Mit den ersten Geldern finanzieren wir in diesem Jahr energetische Sanierung, den Abriss nicht mehr genutzter Gebäude und die Umschuldung der Zoo GmbH. All diese Maßnahmen führen durch Betriebskostenersparung, den Wegfall von Unterhaltungskosten und Zinseinsparungen zu direkten Entlastungen des Haushaltes.

Allerdings finde ich wäre es sinnvoll gewesen, wenn sich das auch beim Landesbaubetrieb herumgesprochen hätte, dass es nachhaltiger und sinnvoller wäre, wenn wir in den von uns beantragten Sanierungsmaßnahmen die Gebäudeleittechnik zum wirtschaftlichen Umgang mit Energie wieder herausgestrichen bekommen, während wir auf der anderen Seite teure Nachrüstungen für Energiesparen machen müssen. Da sparen wir wohl am falschen Platz.

Ich hoffe sehr, dass der Trend sich verstätigt und die in Sicht gekommene Sonderlösung für Altfehlbeträge und die erhöhte Zuweisung aus dem FAG wirklich Gesetz werden. In jedem Fall ist die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Stadtverwaltung und Landesverwaltungsamt ein Erfolg.

Ich begrüße auch die Verabredung, einen Gutachter zur Überprüfung unserer Personalstruktur heranzuziehen, ausdrücklich. Allerdings gehört dazu, dass die Überprüfung tatsächlich arbeitsplatz- und aufgabenbezogen erfolgt und der Lenkungsausschuss des Stadtrates voll mit einbezogen wird.

Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, haben wir wirklich konstruktiv gerungen. Dass es gelungen ist, eine Defizithöhe zu erreichen, mit der wir uns an die Vorgaben der Kommunalaufsicht halten, liegt zum einen Teil in den guten Einnahmen begründet, zum anderen in den ersten Wirkungen von STARK II - dem Schuldenhilfeprogramm des Landes - und den Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung, die in den vergangenen Jahren beschlossen wurden. Wären wir allein auf die Kürzungsvorschläge der Kämmerei und der Fachdezernate im vorliegenden Plan angewiesen gewesen, wären wir gescheitert.

In diesem Jahr - das ist anders als in den vergangenen Jahren - wäre das nicht durch den Stadtrat zu verantworten gewesen. Der Rat ist der Verwaltung weit entgegen gekommen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Er hat alle Kürzungsvorschläge der Verwaltung ernsthaft debattiert und nichts populistisch vom Tisch gewischt.

Aber diese Vorschläge der Verwaltung waren überwiegend gar nicht durchführbar oder von vornherein ohne Chance auf eine Mehrheit. Die Verwaltung hat mit der Vorlage des Haushaltsplans eine Liste mit Kürzungen von 17,5 Mio. € vorgelegt. In den folgenden Wochen wurden knapp 12 Mio. € davon durch Einzelvorschläge der Dezernate untersetzt. Davon waren Vorschläge für 7 Mio. € ihrem Charakter nach nicht ernsthaft verhandelbar. Der Großteil davon, wurde - sage ich - von vornherein nur gemacht, um abgelehnt zu werden.

So hat die Verwaltung vorgeschlagen, einen sechsstelligen Betrag durch freiwillig von den Vereinen zu entrichtende Unkostenbeiträge für die Nutzung der Schulturnhallen und sonstigen Sportanlagen zu erzielen. In den Beratungen im März stellte sich sehr schnell heraus, dass der Vorschlag keinerlei Grundlage hat.

Es stellte sich heraus, dass der Dezernent, Herr Dr. Wiegand, seit den Haushaltsberatungen 2011 den Auftrag, mit dem Stadtsportbund zu verhandeln, einfach nicht erfüllt hat über acht Monate hinweg. Und nicht nur nicht erfüllt hat, sondern sich geweigert hat, die Position der Verwaltung gegenüber dem Sport zu vertreten. Ich unterstelle nicht, dass Herr Dr. Wiegand sich hier einer bestimmten Gruppe andienen wollte, um seinem Wahlkampf aufzuhelfen. Schließlich ist Herr Dr. Wiegand ein Beamter der Stadt und seiner Dienstvorgesetzten gegenüber zur Loyalität verpflichtet.

Wie groß die Vielfalt der täglichen Aufgaben eines Dezernenten sein muss, dass er über acht Monate hinaus keine Zeit hatte, in der Gemeindeordnung nachzuschlagen, dass er gestellte Aufgaben unabhängig von seiner persönlichen Meinung zu erfüllen hat, vermag ich allerdings nicht zu ermessen.

Herr Beigeordneter Kogge hat zum Jahresbeginn die Zuständigkeit für den Sport übernommen und konnte die entsprechenden Verhandlungen mit dem Stadtsportbund nicht mehr rechtzeitig abschließen. Warum dann allerdings die entsprechende Mehreinnahme in den Ausschussberatungen angeboten wurde, wenn klar ist, dass praktisch erst ab dem Jahr 2013 Unkostenbeiträge des Sportes fließen können, erschließt sich mir ehrlich gesagt nicht.

Zur Abschlussberatung benötigte der Finanzausschuss geschlagene 40 Minuten, um Klarheit darüber zu bekommen, welche Summe auf welcher Basis nun in den Haushalt eingeordnet werden kann. Ich vermisse übrigens den Beitrag aus dem Verantwortungsbereich von Herrn Dr. Wiegand zur Umsetzung der Mittelreduzierung. Der Herr Ordnungsdezernent ist offenbar damit beschäftigt, Kapitän zu spielen, dass er nicht einmal einen Alibivorschlag zu einem genehmigungsfähigen Haushalt beitragen konnte.

Alibivorschläge hatten wir genug auf dem Tisch. Und das kritisiere ich ebenfalls ausdrücklich. Die Schließung der Zweigstellen der Stadtbibliothek wäre hier z. B. zu nennen. Auch die Franzigmark. Hier hat der Rat seinen Willen in der Debatte um die Verpachtung des Geländes an den BUND klar zum Ausdruck gebracht. Den Zuschuss anschließend zur Kürzung anzubieten, als hätte es den entsprechenden Beschluss des Stadtrates nicht gegeben und ohne mit dem BUND nach einer Lösung zu suchen, ist für mich eine starke Missachtung des Stadtrates.

An vielen Stellen sonst musste der Finanzausschuss sich den Sachstand erst mühsam erarbeiten. Wo geregelt ist, wie das Verhältnis von Festangestellten und Honorarkräften an einer Musikschule in Sachsen-Anhalt aussehen soll, hat die Verwaltung uns bis heute nicht fehlerfrei erklärt. Wir wissen inzwischen durch die Information der CDU-Fraktion Bescheid.

Klare, gut begründete und verhandelbare Vorschläge kamen vor allem aus dem Planungsdezernat. Auch wenn wir nicht allen Sparmaßnahmen dort zustimmen können: Für diesen Bereich hatten wir gute und kurze Beratungen. Bei dieser Gelegenheit sei eines deutlich festgehalten: Bei Unterhaltungstiteln wie der Grünflächen- und der Straßenunterhaltung ist die Grenze erreicht und überschritten. Wir haben die Kürzungen in diesem Jahr zum Teil akzeptiert. Sie dürfen sich aber nicht jedes Jahr wiederholen. Und wenn möglich soll die Verwaltung sehen, dass sie in diesem Jahr noch Freiräume schafft, um die nötigen Maßnahmen durchzuführen.

Ich finde es in Ordnung, wenn die Fachdezernate für die Sparvorschläge selbst verantwortlich sind. Aber dann müssen die Dezernenten diese Verantwortung auch wahrnehmen. Das kann man auch erwarten. Aber klappt das nicht - und es hat in mehreren Bereichen nicht geklappt - muss der Kämmerer aus eigener Initiative eingreifen. Wäre das rechtzeitig geschehen, hätten wir alle uns quälende Debatten im Finanzausschuss erspart. Ich sage hier für die SPD-Fraktion: noch einmal machen wir eine so vorbereitete Haushaltsberatung nicht mit. Weiter will ich meine Kritik am Verfahren heute nicht vertiefen.

Der Ergebnisplan enthält trotz allen Spardrucks auch sogenannte freiwillige Leistungen. Wir finden es ausgesprochen lobenswert, dass die Verwaltung die einmalige Finanzierung des Semestertickets für Studenten, die in Halle ihren Hauptwohnsitz nehmen, wieder in den Plan aufgenommen hat. Deshalb ist die SPD-Fraktion mit dem heute vorliegenden diesbezüglichen Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auch nicht einverstanden und wird dem auch nicht zustimmen.

Wir wissen, dass diese Leistung erneut auf den Prüfstand muss, wenn ab dem kommenden Jahr der Finanzausgleich des Landes nicht mehr auf Einwohnerzahlen aufbaut. Aber im Zusammenhang mit unserem Bemühen, Halle als Wissenschaftsstadt weiterzuentwickeln, hat ein Beitrag der Stadt zur Werbung um Studierende hohe Priorität. Wir müssen uns bereits jetzt harter Konkurrenz um Studierende stellen. Ab 2018/19 wird sich das noch verschärfen und wir tun gut daran, mitzuhelfen, dass es leichter wird, sich für eine Hochschule in Halle zu entscheiden.

Im Ergebnis können wir dem Haushaltsplan und seinen Bestandteilen zustimmen. Wir erwarten, eine Haushaltsgenehmigung zu erhalten und damit Sicherheit für die Fördermittel empfangenden Vereine und Verbände zu schaffen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!